

Offener Brief von Attac Münster und Anderen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Inhaltsverzeichnis:

UNSER OFFENER BRIEF AN DIE NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN ABGEORDNETEN UND KANDIDATINNEN FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT	2
DIE REAKTIONEN AUF UNSEREN BRIEF	4
FABIO DE MASI (DIE LINKE)	4
PETER ALBERTS (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)	5
TERRY REINTKE (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)	5
FOTIOS AMANATIDES (PIRATENPARTEI)	6
SVEN GIEGOLD (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN).....	6
ANDREA ARCAIS (SPD)	8
ELMAR BROK (CDU)	9

UNSER OFFENER BRIEF an die nordrhein-westfälischen Abgeordneten und Kandidatinnen für das Europäische Parlament

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir machen uns Sorgen um ein demokratisches Europa in der Zukunft.

Das geplante Abkommen für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA basiert auf zwei Grundgedanken. Das Projekt wird begriffen als eine Festigung und Intensivierung einer bereits bestehenden Partnerschaft, die auf einer gemeinsamen Wertorientierung beruht und die schon heute einen Großteil des Welthandels ausmacht. Der transatlantische Wirtschaftsraum soll gestärkt und gegenüber der Konkurrenz aus anderen Nationen und transnationalen Wirtschaftsverbänden führend werden. Zweitens verspricht man sich von einem Ausbau der Handelsbeziehungen eine Steigerung von Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätzen beiderseits des Atlantiks. Im Umfeld bescheidener Wachstumsprognosen, einer vertieften europäischen Wirtschaftskrise und einer hohen Arbeitslosigkeit scheint eine Erweiterung der europäisch-amerikanischen Allianz vielversprechend.

Die von der EU-Kommission, vom Bundesministerium für Wirtschaft und von der Bertelsmann Stiftung beauftragten Studien zum TTIP liefern eine wissenschaftliche Grundlage für das geplante Abkommen. Bei näherer Betrachtung sind die Ergebnisse jedoch ernüchternd. In fast allen Szenarien, die nach dem Grad der Liberalisierung unterschieden werden, sind die Auswirkungen auf die Wachstumsraten und die Arbeitslosenzahlen verschwindend gering. Die fragwürdigen Annahmen und die zweifelhaften Modelle, die Grundlage dieser Studien sind, seien hierbei außer Acht gelassen.

Eine bessere Einschätzung der Auswirkungen kann man erhalten, lenkt man den Blick auf die Folgen bereits bestehender Freihandelszonen, wie etwa den EU-Binnenmarkt oder die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA. In beiden Fällen wurden die im Vorfeld aufgestellten Vorhersagen zu den positiven Auswirkungen nicht erreicht. Einem stark angestiegenen Handelsvolumen standen unter dem Strich der Verlust von Arbeitsplätzen und ein gesunkenes Lohnniveau gegenüber. Gleichzeitig erlagen viele kleinere Unternehmen der Konkurrenz durch große Konzerne.

Weitaus gewichtiger als die angestrebten Vorteile des geplanten Freihandelsabkommens erscheint die Kritik an selbigem. Es ist zu befürchten, dass die Beseitigung sogenannter "nicht-tarifärer" Handelshemmnisse und die Angleichung von Standards und Vorschriften in der Regel auf dem jeweils niedrigeren Niveau erfolgen werden. Wäre das Umgekehrte der Fall, könnte wohl kaum der Handel in erheblichem Maße zunehmen. Hier droht der Verlust hart erkämpfter Umwelt- und Verbraucherschutzstandards mit weitreichenden Folgen bis hin zu einer Unterminierung des in Europa verbreiteten Vorsorgeprinzips. Eine Einbeziehung des Dienstleistungssektors könnte einen erweiterten Zugriff der Privatwirtschaft auf die oft noch in öffentlicher Hand befindlichen Einrichtungen im Bereich von Verkehr, Energie, Wasserversorgung und Gesundheit bedeuten. Dies widerspricht dem Willen einer Bevölkerungsmehrheit. Im öffentlichen Beschaffungswesen drohen soziale und ökologische Kriterien nachrangig zu werden und laufen kleinere, lokale Unternehmen Gefahr, den ausländischen Großkonzernen zu unterliegen. Ebenfalls Anlass zu großer Sorge muss die Hereinnahme und angestrebte Harmonisierung von Finanzdienstleistungen geben, liegt doch gerade in der Deregulierung eben dieses Sektors eine der Hauptursachen für die schwere Weltwirtschaftskrise der vergangenen Jahre begründet.

Eine Frage drängt sich hinsichtlich der Verhandlungen besonders auf: Was ist es, was dort verhandelt wird, dass dies so sehr das Licht der Öffentlichkeit scheuen muss? Wenn es um eine Vereinbarung geht, die so umfassend ist und die nahezu alle Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur betrifft, dann kann und dann muss die Öffentlichkeit absolute Transparenz verlangen. Sind die geplanten Vereinbarungen im Sinne und zum Nutzen der Mehrheit der Menschen in den USA und in Europa? Wenn das so ist, dann besteht keine Notwendigkeit, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln.

Nicht minder drängend ist die Frage nach dem Grund für den geplanten Mechanismus zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten. Die Qualität der Rechtssysteme der USA und in Europa gibt jedenfalls keinen Anlass für ein solches Instrument: In nicht-öffentlichen Verhandlungen treffen drei Juristen, die oftmals in ihrem normalen Berufsleben als Firmenanwälte arbeiten, nicht anfechtbare Urteile, die die öffentliche Hand in Millionen- oder gar Milliardenhöhe belasten. Es ist eine Unverschämtheit, dass dieses System Teil der Verhandlungen zum geplanten Abkommen ist. Für die Politik bedeutete dies, sollte es Realität werden, einen erheblichen Verlust an Gestaltungsmacht. Jede in der Ausarbeitung befindliche Verordnung müsste angesichts möglicher Klagen sorgfältig geprüft werden und selbst das wäre noch keine Garantie, dass es nicht doch zu einer Auseinandersetzung mit einem Investor kommt. Zehntausende von Unternehmen könnten einen Druck ausüben, der so groß ist, dass viele Gesetzesinitiativen schon im Keim erstickt oder erst gar nicht mehr gedacht werden. Dieses Instrumentarium findet sich in bereits bestehenden und auch in weiteren in Verhandlung befindlichen Abkommen, wie etwa dem zwischen der EU und Kanada bereits ausgehandelten CETA, welches nur noch der Zustimmung durch die Parlamente bedarf. Es ist dort genauso abzulehnen wie im Falle des TTIP. Bei bestehenden Abkommen gehört es auf den Prüfstand.

Wir, die Unterzeichner dieses Briefes, haben uns hinsichtlich der derzeitigen Verhandlungen zum TTIP bereits entschieden. Wir fordern eine vollständige Transparenz gegenüber der europäischen Öffentlichkeit und eine offene Diskussion über die Ziele und die Verhandlungsmassen. Bis dahin lehnen wir das TTIP ab und fordern die sofortige Beendigung der Verhandlungen. Für zukünftige Handels- und Investitionsabkommen muss gelten, dass die Verhandlungen absolut transparent gestaltet werden und dass alle Verhandlungsdokumente umgehend öffentlich gemacht werden. Sonderklagerrechte für Unternehmen darf es generell nicht geben. Eine Anregung, nach welchen Prinzipien Handelsabkommen gestaltet sein könnten, gibt das von mehr als 50 Organisationen der Zivilgesellschaft ausgearbeitete Alternative Trade Mandate.

Sehr geehrte Abgeordnete und sehr geehrte Kandidaten, wir bitten Sie, dem Abkommen zwischen der EU und Kanada Ihre Zustimmung nicht zu geben. Ein Präzedenzfall für Investor-Staat-Klagen in einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und einem hoch-industrialisiertem Land darf nicht geschaffen werden. Weiter bitten wir Sie, eine vollständige Transparenz über die Ziele und Verhandlungsmassen des TTIP für das EU-Parlament und die europäische Öffentlichkeit einzufordern und eine offene und öffentliche Diskussion darüber zu ermöglichen. Über eine Antwort, die Ihre Sicht auf das CETA und das TTIP beinhaltet, würden wir uns sehr freuen. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, würden wir Ihre Antworten gerne veröffentlichen und danken im Voraus für Ihre Kooperation.

Unterzeichner

Attac Münster
BUNDjugend NRW
Mehr Demokratie e.V. Landesverband NRW
Mehr Demokratie Münster e.V.
NABU NRW
sneep Münster

DIE REAKTIONEN auf unseren Brief

Fabio De Masi (Die LINKE)

Ich lehne das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ebenso wie das parallel verhandelte Abkommen mit Kanada (CETA) ab.

Die Zölle zwischen den USA und der EU sind ohnehin bereits sehr niedrig. Es geht daher bei TTIP um die sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnisse. Auf Deutsch: Regulierungen und Auflagen, die Konzernen ein Dorn im Auge sind. TTIP ist ein Angriff europäischer und US-amerikanischer Konzerne auf Demokratie, Verbraucher- und Umweltschutz sowie Arbeitnehmerrechte, Tariftreue und öffentliches Eigentum.

Die Investor-Staat-Klage erlaubt Konzernen vor privaten Schiedsgerichten Staaten zu verklagen, wenn Gesetze ihre Profite bremsen. So wie Vattenfall derzeit die Bundesregierung vor dem International Centre for Settlement of Investment Disputes in Washington wegen entgangener Profite im Zuge des Atomausstiegs verklagt. Ein Regulierungsgremium soll bereits im Vorfeld Gesetze verhindern, wenn diese nicht im Interesse mächtiger Konzerne sind.

Über 600 Wirtschaftslobbyisten haben Zugang zu den geheimen Verhandlungsdokumenten während selbst gewählte Europaabgeordnete im Dunkeln tappen. Die angeblichen Vorteile von TTIP für Wachstum und Beschäftigung sind zweifelhaft. Zudem ging erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zumeist nicht mit Freihandel einher, sondern mit dem selektiven Schutz von Industrien bis diese wettbewerbsfähig waren. TTIP würde zudem über die Bedeutung des EU-Binnenmarktes sowie des US-Marktes auch die Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern beeinträchtigen.

Auch wenn die Investor-Staat-Klage aus dem Verhandlungsmandat des TTIP entfernt würde, bleibe ich bei meiner Ablehnung. Denn Konzerne könnten über Zweigniederlassungen in Kanada die vorgesehene Investor-Staat-Klage des CETA-Abkommens nutzen. Ich streite für die Streichung der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus Handelsabkommen nach dem Vorbild Ecuador und Australiens. Ich setze mich dafür ein, dass TTIP und CETA gemäß ihrem Inhalt als gemischte Abkommen auch im Bundestag behandelt werden. Die EU-Kommission versucht dies jedoch zu verhindern: Denn das Europäische Parlament kann am Ende nur Ja oder Nein zu den Abkommen sagen und die nationalen Parlamente sind für öffentlichen Druck empfänglicher.

Noch lieber wäre mir, dass SPD und GRÜNE endlich mit der LINKEN Volksentscheide zu EU-Verträgen ermöglichen würden und ein so weitreichender völkerrechtlicher Vertrag einer Volksabstimmung unterworfen würde. Dies steht aber nicht zu erwarten, weil die SPD sich für TTIP engagiert und DIE GRÜNEN hier uneindeutig sind.

Beste Grüße,

Fabio De Masi
DIE LINKE

Peter Alberts (Bündnis 90 / Die Grünen)

Vielen Dank für diesen Offenen Brief. Wir als Bündnis 90 / Die Grünen als auch ich persönlich teile die Sorge, die Sie ausdrücken. Sie haben völlig recht: Ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) so wie es zur Zeit verhandelt wird, wäre eine erhebliche Gefahr für die Europäische Demokratie. Es ist keinesfalls akzeptabel, ein Investorklagerecht vor zweifelhaft legitimierten Schiedsgerichten über die berechnete und demokratische Willensbildung der EU zu stellen, das würde einen direkten Angriff auf unsere hohen Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards bedeuten. Dass über Fragen solcher Tragweite geheim hinter verschlossenen Türen verhandelt wird und noch nicht einmal die zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Mitgliedsstaaten alle notwendigen Informationen zum Verhandlungsstand erhalten, ist ein Skandal. Deswegen hat die Grüne Fraktion im EP unter www.ttip-leak.eu das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission veröffentlicht.

Für uns und mich ist klar: Die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen müssen sofort und vollständig gestoppt werden. Ein Handelsabkommen unter diesen Voraussetzungen ist keinesfalls zustimmungsfähig, sollte es zur Abstimmung darüber kommen, werden wir Grüne in Bundestag und Europaparlament mit Nein stimmen. Eine Neustart von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ist nur möglich mit einem völlig veränderten Verhandlungsmandat, dass nicht nur Transparenz für die Parlamentarier*innen und Bürger*innen garantiert sondern auch klar ausschließt, dass über den Weg von Schiedsgerichten Europäische Gesetzgebungskompetenz unterlaufen und ausgehebelt wird.

Als Münsteraner Grüne werden wir dieses Thema - in Zusammenhang mit der NSA-Problematik - mit unseren Bundestagsabgeordneten Irene Mihalic MdB und Katharina Droege MdB diskutieren - am Freitag, den 2. Mai ab 18:30 in der Alexianer Waschküche in Münster.

Mit herzlichen Grüßen

Peter Alberts

Kandidat für das Europäische Parlament, Bündnis 90 / Die Grünen / GAL Münster

Terry Reintke (Bündnis 90 / Die Grünen)

Vielen Dank für Ihr Anschreiben!

Wir GRÜNE haben die Verhandlungen zum TTIP und CETA seit ihrem Start kritisch begleitet. Sonderklagerechte in den geplanten Schiedsgerichtsbarkeiten stellen bieten Unternehmen die Möglichkeit politische Entscheidungen in Frage zu stellen. So hat Vattenfall nach dem Entschluss zum Atomausstieg, erfolgreich gegen die Bundesregierung geklagt. Die Europäische Kommission hat die Verhandlungen zu den Sonderklagerechten im geplanten EU-US Freihandelsabkommen unterbrochen und ein Konsultationsverfahren eingeleitet. Wir GRÜNE fordern jedoch, dass die Schiedsgerichte vollkommen der Verhandlungsmasse entzogen werden. Auch ein Regulierungsrat, in dem US-Unternehmen ein Mitspracherecht bei geplanten Gesetzesvorhaben auf Europäischer Ebene bekommen, ist für uns ein Ablehnungsgrund des Freihandelsabkommens. Wir müssen verhindern, dass durch CETA oder TTIP Standards - auch insbesondere im Bereich von Landwirtschaft und Umweltschutz - gesenkt werden. Die Entscheidung gegen Gentechnik und gegen hormonbehandeltes Fleisch darf nicht durch die Hintertür umgangen werden. Angesichts dieser Punkte in den Verhandlungen fordern wir Grüne einen Abbruch der TTIP Verhandlungen.

Liebe Grüße und weiterhin viel Erfolg bei der Mobilisierung gegen TTIP und CETA!

Terry Reintke

Fotios Amanatides (Piratenpartei)

Vielen Dank für euren Brief, ich habe dieselben Sorgen, denn die genannten Argumente entsprechen auch meiner Sicht. Meine Partei sieht dieses sogenannte Freihandelsabkommen sehr kritisch, deshalb haben wir uns in unserem Europawahlprogramm eindeutig dazu positioniert und lehnen jede weitere Verhandlung ab. https://wiki.piratenpartei.de/Europawahl_2014/Wahlprogramm#.E2.80.9ETTIP.E2.80.9C_NEIN_DANKE.21_-_TRANSATLANTISCHE_PARTNERSCHAFT_GEHT_ANDERS

Erschwerend kommt hinzu dass das Abkommen inhaltlich so vielschichtig ist, das man an Verschlagwortungen und Verbildlichungen wie z.B. das berühmte „Chlor-Hühnchen“ leider nicht herum kommt. Bereits jetzt zeigen Investoren Schutzabkommen welche absurden Mechanismen nun transatlantisch eingeführt werden sollen, so berichtete erst kürzlich die FAZ darüber, das Griechenland von einem Hedgefonds verklagt wird weil es die Forderungen der Troika umgesetzt hat. Ebenfalls in diese Kategorie fällt die Klage von Vattenfall gegen Deutschland wegen der Energiewende. Es ist nicht hinnehmbar, das Privatunternehmen sich auf die Stufe von Staaten stellen. Aus der sozialliberalen Sicht der Piraten repräsentiert der Staat, die staatliche Gemeinschaft der Bürger und setzt den Rahmen für das Zusammenleben aller Menschen. Dem gegenüber kann niemals ein gewinnorientiertes anonymes Unternehmen auf gleicher Stufe stehen. Wie bereits in der Vergangenheit unseren Europaparlamentarier von der Piratenpartei Schweden sich gegen ACTA eingesetzt haben, werden wir Piraten auch in Zukunft für die Bewahrung und Stärkung unsrer Grundrechte einsetzen und jeglichem Versuch diese zu unterminieren deutlich entgegenstellen. Unser Ziel ist es TTIP zu stoppen.

Beste Grüße,
Fotios Amanatides
Piratenpartei

Sven Giegold (Bündnis 90 / Die Grünen)

Ihrer Kritik am geplanten EU-US-Handelsabkommen TTIP, bzw. dem Verhandlungsmandat des Rates der EU dafür, kann ich weitgehend zustimmen. Ja, wir Grünen würden uns als Europaabgeordnete dafür einsetzen, die Verhandlungen für TTIP auf Grundlage dieses Mandates sofort zu beenden. Wir haben unsere Argumente beispielsweise in einem [Flyer](#) zusammengefasst. Ich habe dazu selbst erst vor ein paar Tagen ein [Interview](#) gegeben.

Das Abkommen will Standards zwar nicht vereinheitlichen, aber "gegenseitig anerkennen". Chemikalien könnten so beispielsweise nach US-amerikanischen oder europäischen Standards für den Markt genehmigt werden. Die von der Zivilgesellschaft und den Grünen erkämpften Hürden durch REACH würden nicht abgeschafft. Aber sie könnten jederzeit durch Anmeldung nach US-Standards umgangen werden und würden de facto wirkungslos. Die Wachstumsprognosen des Abkommens beruhen auf der politisch sehr unrealistischen Annahme, dass diese gegenseitige Anerkennung für den ganz überwiegenden Teil der Produktstandards erreicht werden kann. Weil schon in den USA aber viele Standards auf Ebene der Bundesstaaten gesetzt werden, ist das kaum erreichbar. Selbst diese sehr optimistischen Annahmen führen zu Wachstumsprognosen von nur 0,05 Prozent pro Jahr - weniger als der übliche Messfehler. Die Wachstumsprognosen gehen auch nach Studien der Befürworter zu Lasten von Drittstaaten. Tunesien, das vielleicht wichtigste Positivbeispiel für demokratischen Wandel in Nordafrika würde prozentual mehr verlieren als die EU angeblich gewinnen soll.

Auch wir Grünen machen uns große Sorgen, was die angestrebten Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen und öffentliche Dienstleistungen bedeuten würden ([Pressemitteilung dazu](#) vom 26.

März). Den uns wichtigen sozialen und ökologischen Kriterien für die öffentliche Beschaffung könnte juristisch der Boden weggezogen werden. Fast allen öffentlichen Dienstleistungen droht dadurch neuer Privatisierungsdruck. Die Ausnahme im Verhandlungsmandat, für „in hoheitlicher Gewalt“ erbrachte Dienstleistungen, schützt praktisch nur die Europäische Zentralbank sicher vor der angestrebten Liberalisierung. Unter Druck kann geraten, wer im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern steht. Private Unternehmen und Wettbewerb gibt es aber fast überall: bei Stadtwerken, Bahn, Post, Bildung, Gesundheit, der Kranken- oder sogar der Rentenversicherung. Wir Grünen stehen auf allen Ebenen für gute öffentliche Dienste und gegen dieses unbeschränkte Verhandlungsmandat. Auch der Finanzmarkt könnte durch das Abkommen wieder an schwer erkämpfter Regulierung verlieren. Allerdings strebt in diesem Bereich die europäische Bankenlobby auch die Aufweichung besserer Standards in den USA an.

Den eklatanten Mangel an Transparenz kritisieren wir Grünen schon lange, leider bisher ohne dass wir uns gegen die Große Koalition im Europaparlament und die Bundesregierung im Rat der EU hätten durchsetzen können. Vor einem Jahr hatten wir im Europaparlament die Veröffentlichung des Mandats fordern wollen. Konservative und Sozialdemokraten stimmten gegen diesen Antrag (Vote-Watch [dokumentiert das Abstimmungsverhalten](#)). Das Mandat wurde im Rat der EU von der vorherigen Bundesregierung einstimmig mit beschlossen, inklusive Geheimhaltung und der Investor-Staatsklagen. Auch das passierte mit Unterstützung der Konservativen und Sozialdemokraten im Europaparlament (Abstimmungsverhalten zum [Gesamtmandat](#), zur [Konzernjustiz](#)). Weil wir Grüne eine Diskussion nicht mehr ertragen wollten, in der die Gefahren weggewischt wurden und gleichzeitig die Diskussionsgrundlage geheim bleiben sollte, haben wir das Mandat auf Deutsch unter www.ttip-leak.eu veröffentlicht. Diese kommentierte Veröffentlichung ist Ausdruck unserer Überzeugung, dass der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Transparenz vorrangig ist.

Der Kommentarchef der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl hat Recht, wenn er die Investor-Staatsklagen vor geheim tagenden Schiedsgerichten als eine Art „Staatsstreich“ bezeichnet. Demokratie und soziale Marktwirtschaft bedeuten, dass Konzerne Gewinne machen können, sich aber an demokratisch gesetzte Regeln halten müssen. Wenn die Steuerzahler aber milliardenschwere Entschädigung für den Atomausstieg oder mehr Umweltschutz zahlen sollen, stellt das die Demokratie auf den Kopf. Wenn Martin Schulz und andere ihre Zustimmung dazu jetzt revidieren und diese Konzernjustiz aus den Verhandlungen ausnehmen wollen, zählen aus unserer Sicht nur Taten statt Worte. Das Mandat mit dieser Forderung muss zurück genommen werden, sonst bleibt die EU-Kommission beauftragt diesen „Investorenschutz“ weiter zu verhandeln. Und selbst ohne TTIP würde das EU-Kanada-Abkommen CETA den meisten US-Konzernen über Tochterfirmen bereits de facto Klagen gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten ermöglichen. Das fast unterschriftsreife Abkommen lehnen wir in dieser Form ebenfalls ab.

Wir begrüßen sehr das „Alternative Trade Mandate“ vieler NGOs als Grundlage für bessere Verhandlungsmandate in der Zukunft. Zu einem Abkommen, das transparent verhandelt wird, die Demokratie und die Verbraucher schützt und vor allem technische Standards behandelt, sagen wir ja. Dieses Mandat werden wir dagegen vor und nach der Wahl so gut wir können bekämpfen. Wir würden uns sehr freuen, dabei mit Ihnen zusammen arbeiten zu können. Wir freuen uns sehr über die [Campact-Aktion, Türhänger](#) vor dem Wahltag deutschlandweit zu verteilen. Wir haben zusätzlich den Wettbewerb www.dein-bild-stoppt-ttip.de ausgerufen, um noch mehr Aufmerksamkeit für das Thema zu gewinnen.

Ich freue mich, wenn Sie meine Antwort veröffentlichen würden. Das handhabe ich für bestmögliche [Transparenz von Lobbyismus](#) in Bezug auf mich selbst ebenfalls so.

Mit herzlichen Grüßen

Sven Giegold

Andrea Arcais (SPD)

Haben Sie herzlichen Dank für die Zusendung des offenen Briefes bezüglich TTIP.

Ich kann die im Brief geäußerten Befürchtungen verstehen und bin weit entfernt davon, diese als unbegründet abzutun. Ich kann Ihnen aber sowohl aus meiner persönlichen Position, als auch aus der Position der SPD-Bundestagsfraktion, der SPD-Delegation in der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament folgende Positionen übermitteln:

1. Es wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie kein Freihandelsabkommen zwischen den EU und den USA geben, durch dessen Regelungen und Verabredungen Standards, sowohl in sozialer, ökonomischer oder ökologischer Hinsicht unter den bislang erreichten unterschritten werden.
2. Es wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie auch kein Investorenschutzabkommen innerhalb TTIP geben mit dessen Hilfe Konzerne die Möglichkeit erhielten gegen Nationen zu klagen um ihre Investitionen gegen die o.g. Standards abzusichern. Dies gilt vor allem für die Möglichkeit eines Klagesweges innerhalb sog. "Schiedsverfahren".
3. Die SPD erachtet ein ggf. abzustimmendes Freihandelsabkommen als gemischtes Abkommen das die mehrheitliche Zustimmung sowohl des Deutschen Bundestages als auch des Bundesrates bedarf. Ohne deren Zustimmung kann kein Freihandelsabkommen zustande kommen.
4. Die Transparenz des gesamten Verfahrens muss hergestellt werden. Dies gilt sowohl für die Offenlegung des Verhandlungsmandates der EU-Kommission als auch für die Inhalte und erzielten Ergebnisse etwaiger Verhandlungen.

Sollte ich in das Europäische Parlament gewählt werden, dann kann ich versichern, dass ich mich an die o.g. Aussagen halten werde.

Mit einem freundlichen Gruß

Andrea Arcais

Kandidat der SPD im Münsterland für die Wahlen zum EU-Parlament 2014

Elmar Brok (CDU)

Vielen Dank für Ihr Schreiben zu den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP), welches ich gerne hiermit im Namen der Kollegen der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Europäischen Parlament beantworte.

Meine Kollegen und ich sind von den positiven Effekten einer transatlantischen Handelspartnerschaft überzeugt. Unsere Handelsbeziehungen mit den USA sind einer der Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Ihr weiterer Ausbau, und das heißt konkret eben der weitere Abbau von Beschränkungen sowie die Vereinfachung von Import- und Exportverfahren, ist daher eine richtige und zukunftsweisende Entscheidung.

Wir erwarten vom Abschluss des TTIP einen wachsenden Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und den USA. Studien des Bundesministeriums für Wirtschaft und der Bertelsmann Stiftung, auf die Sie Bezug nehmen, stellen das durchaus auch so dar. TTIP erzeugt reale Wohlfahrtsgewinne durch den Abbau von Handelskosten, so dass im Prinzip alle Länder von dieser Reduktion profitieren können. Weltweit würde das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen laut der Studie der Bertelsmann Stiftung um 3,3 Prozent steigen. Dies ist keinesfalls eine "verschwindend geringe" Auswirkung, sondern entspricht beim gegenwärtigen Wirtschaftswachstum der EU einem mehrjährigen Zuwachs. Hinzu hätte dies eine deutliche Erhöhung der Beschäftigung in den beteiligten Volkswirtschaften von 0,45 bis 0,76 Prozentpunkten zur Folge. Das sind Millionen Arbeitsplätze, die die Menschen in der EU dringend brauchen.

Nach Ihrer Einschätzung würde TTIP ebenso wie der EU-Binnenmarkt und NAFTA den jeweils vorhergesagten Erfolg nicht erreichen. Zur Problematik NAFTA möchte ich hier nicht Stellung nehmen, aber die Erfolgsgeschichte des EU-Binnenmarkts kann aufgrund der objektiven Faktenlage nicht verkannt werden. Ohne EU-Binnenmarkt stünden weder Deutschland noch irgendein anderes EU-Mitgliedsland in der globalisierten Welt so gut da, wie es heute der Fall ist.

Sie weisen darauf hin, dass steigende Handelsvolumen zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu sinkendem Lohnniveau führen. Dies ist eine aus meiner Sicht falsche Annahme, weil sie unter Ausblendung des Faktors Wirtschaftswachstum und Wohlstandsgewinne erfolgt. Handelserleichterungen führen nicht nur zu einer Umverteilung bereits bestehender Märkte, sie führen zu Wirtschaftswachstum bei allen Beteiligten. Deutschland ist auf Exporte zur Finanzierung der sozialen Sicherheitssysteme wie kaum ein anderes Land geradezu angewiesen.

Wenn Sie darauf aufmerksam machen wollen, dass die Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU eine Verringerung der jeweiligen Importe aus dem Rest der Welt bedeutet, dann weise ich Sie darauf hin, dass die EU seit der Eröffnung der WTO-Millennium Runde 1999 eine umfassende und multilaterale Handelsliberalisierung verhandelt und insbesondere seit der Doha-Runde 2001 den Entwicklungsländern umfassende Zugeständnisse anbietet. Jeder Staat dieser Welt ist eingeladen zum Erfolg dieses Abkommens beizutragen und Wohlstandsgewinne weltweit zu erwirtschaften. Im Übrigen ist die Annahme der Reduzierung auch deshalb falsch, weil es sich dabei zumeist um völlig andere Warengruppen handelt.

Ihre Kritikpunkte im Einzelnen teilen wir, mit einer Ausnahme, nicht.

1. TTIP wird keine Angleichung von Standards und Vorschriften auf dem jeweils niedrigeren Niveau vorsehen und damit nicht zum Verlust von Umwelt- und Verbraucherstandards führen.

2. Eine Einbeziehung des Dienstleistungssektors wird nicht zu einem "erweiterten Zugriff der Privatwirtschaft auf Dienstleistungen der Daseinsvorsorge" führen, da die Entscheidung über eine Privatisierung derartiger Dienstleistungen die freie Entscheidung des zuständigen Trägers bleiben wird.
3. Die Befürchtung, dass soziale und ökologische Kriterien im Vergaberecht keine Rolle mehr spielen werden, wird nicht der Fall sein. Im Übrigen sind die EU und die USA bereits heute über das WTO-Vergabeabkommen miteinander verbunden, ohne dass hier Problemfälle bekannt geworden wären.
4. Der Einschluss und die angestrebte Harmonisierung von Finanzdienstleistungen sind gerade zur Vermeidung von weiteren Finanzkrisen unabdingbar. Die Zeit der Deregulierung des Finanzsektors ist aufgrund der gemachten Erfahrungen auf beiden Seiten des Atlantiks vorüber.
5. Die von Ihnen angesprochene Problematik des in ersten Entwürfen enthaltenen Streitbeilegungssystems hingegen wirft auch nach unserer Auffassung noch erhebliche Fragen auf. Hierzu hat auch die deutsche Bundesregierung bereits eine klare Auffassung vertreten. Investoren müssen schnellen, einfachen und kostengünstigen Rechtsschutz erlangen können. Dieser muss aber im Rahmen des jeweiligen Rechtssystems zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann es sich nur um Schutz vor Diskriminierung handeln. Wenn es einen Eingriff in die Standards bedeutet, wird ein solches System abgelehnt.

Schließlich fordern Sie mich und meine Kollegen auf, die Beendigung der Verhandlungen bis zur Herstellung der vollständigen Transparenz zu verlangen. Hierzu möchte ich feststellen, dass wir für eine breite und öffentliche Diskussion über Ziele und Ausgestaltung von TTIP sind. Allerdings weise ich Sie darauf hin, dass Verhandlungen öffentlich zu führen bedeutet, einseitig Verhandlungsstrategien preiszugeben und damit die eigenen Erfolgchancen zu minimieren. Dies ist nicht im Interesse der EU und ihrer Bürger. Diese Verhandlungen werden nicht anders geführt, als alle anderen Verhandlungen und werden vom EP kontrollierend begleitet.

Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU sieht klare Regeln über die notwendigen Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments vor; diese Beteiligungsrechte nehmen wir ernst. Beispielsweise hat die EU-Kommission die Verhandlungen im Bereich des Investitionsschutzes unterbrochen, um den Bürgern in einer öffentlichen, dreimonatigen Konsultationsphase die Möglichkeit zu geben, ihre Bedenken am Verhandlungstext konkret zu äußern. Das gibt Raum für eine Diskussion mit dem Ziel aufzuzeigen, dass geäußerte Besorgnisse zwar nachvollziehbar, aber im Zuge des Verhandlungsprozesses lösbar sind.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass die EU-Kommission das eigentliche Verhandlungsmandat von den demokratisch gewählten Regierungen der EU-Mitgliedstaaten erhalten hat. Während der laufenden Verhandlungen wird die EU-Kommission durch das ebenfalls demokratisch gewählte Europäische Parlament kontrolliert. Sowohl im Plenum als auch im zuständigen Außenhandelsausschuss wird regelmäßig Bericht und Rechenschaft von der EU-Kommission verlangt. Wie bei allen anderen internationalen Verträgen auch, muss das Parlament am Ende seine Zustimmung zum künftigen TTIP-Abkommen erteilen. Dadurch ist sichergestellt, dass unsere Positionen in allen Phasen der Verhandlungen in angemessener Weise berücksichtigt werden und das Abkommen am Ende nur in Kraft treten kann, wenn unser Standpunkt, einschließlich geäußerter Bedenken, berücksichtigt wurde.

Meine Kollegen und ich werden dafür sorgen, dass TTIP nicht hinter verschlossenen Türen fernab der Öffentlichkeit abgeschlossen wird. In der Sache wollen wir, dass das Abkommen für alle Beteiligten ein wirtschaftlicher Erfolg wird und dass unser Niveau an Gesundheits-, Produktsicherheits- und Umweltschutz in vollem Umfang erhalten bleibt.

Das EP wird nur einem Abkommen zustimmen, das EU-Standards nicht unterlaufen und die EU-Gesetzgebung auch in Zukunft nicht reglementieren kann. Da das EP in solchen Fragen seit 2010 das letzte Wort hat, wird es wichtig sein, dass evtl. Abkommen von uns in den Ausschüssen über Monate in einer öffentlichen Debatte geprüft wird und dass alle interessierten Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft dazu einladen werden.

Gegen den Willen der Kommission, allen nationalen Regierungen und der US-Administration hat das EP bereits das erste SWIFT-Abkommen und das ACTA-Abkommen abgelehnt und zwar verbindlich. Wir möchten Ihnen anbieten, diesen Prozess zu begleiten.

Mit einer Veröffentlichung dieses Schreibens auf Ihrer Webseite sind meine Kollegen und ich einverstanden, weil wir so einen Beitrag zur Transparenz dieses Verfahrens leisten können.

Mit freundlichen Grüßen
Elmar Brok

Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europa-Parlament